

## zu Frage 1)

*Wie stellen Sie sich Teilhabe für Kinder und Jugendliche vor, deren Grundbedürfnisse in den ersten Lebensjahren nicht ausreichend gefördert wurden?*

*Wie kann Chancengleichheit unter diesen erschwerten Bedingungen umgesetzt werden?*

Die FDP strebt an, allen Kindern und Jugendlichen eine faire Chance auf Teilhabe zu geben. Dies ist unseres Erachtens nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch eine sinnvolle und notwendige Investition in die Zukunft unseres Landes. Das zeigt sich nicht zuletzt an den zahlreichen Maßnahmen und Angeboten für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Lebensverhältnissen, die die liberal mitgeführte Regierungskoalition auf den Weg gebracht hat.

Wir haben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits entscheidend verbessert und die Betreuungsplätze für Unterdreijährige massiv ausgebaut. Ende dieses Jahres werden über 100.000 Betreuungsplätze für Unterdreijährige zur Verfügung stehen. Gegenüber der von Rot-Grün hinterlassenen Ausgangslage von 11.800 Plätzen haben wir das Platzangebot mehr als verachtfacht. Diesen Ausbau wollen wir planvoll weiter vorantreiben. Bis 2013 werden wir mit unserem Ausbauprogramm den Eltern in Nordrhein-Westfalen rund 144.000 U3-Plätze zur Verfügung stellen.

Der Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten wird qualitativ ergänzt durch die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren. Zum Kindergartenjahr 2010/2011 werden es bereits 2.000 sein. Als Zentrum eines Netzwerks verschiedener familien- und kinderunterstützender Angebote bieten Familienzentren den Eltern und ihren Kindern wertvolle frühe Beratung, Information und Hilfe in allen Lebensphasen.

Einrichtungen in sozialen Brennpunkten erhalten zudem eine zusätzliche Unterstützung. In § 20 Abs. 3 des Kinderbildungsgesetzes ist ausdrücklich festgehalten, dass eingruppige Einrichtungen in sozialen Brennpunkten für ihren erhöhten Bedarf bis zu 15.000 Euro mehr erhalten. Zurzeit erhalten 192 Einrichtungen eine derartige Förderung. Darüber hinaus setzen wir Liberale uns für ein „Familienzentrum plus“ ein, mit dem an fünfzig Brennpunktstandorten bestehende Familienzentren Beratungs- und Sozialarbeit intensivieren können.

Wir wollen gleiche Chancen für alle Kinder. Hierbei gilt: Gute Sprachbeherrschung ist der Schlüssel zum Bildungserfolg. Wir haben eine systematische Sprachstandsfeststellung (verbindliche Sprachstandsfeststellungen durch Koppelung an die Schulpflicht) und Sprachförderung im vierten Lebensjahr eingeführt. Wir haben bei der Festsetzung der Sprachförderkriterien alle Kinder in den Blick genommen und sie nicht, wie es bis zum Jahr 2005 der Fall war, davon abhängig gemacht, dass mehr als 50 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund haben. Mit der von uns eingeführten Regelung erreichen wir alle Kinder. Dies ist in unseren Augen ein wichtiger Beitrag hin zur Chancengerechtigkeit.

Für die Sprachförderung stellen wir zudem mit 29,9 Millionen Euro viermal so viel Geld für die frühkindliche Sprachförderung zur Verfügung wie noch Rot-Grün im Jahr 2005. Im Kindergartenjahr 2010/2011 werden bereits 77.000 Kinder an solchen Maßnahmen teilnehmen und davon profitieren. Damit haben wir die Weichen gestellt, dass alle Kinder beim Eintritt in die Schule über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Zudem haben wir uns besonders der in Armut aufwachsenden Kinder angenommen. Wir haben kontinuierlich in allen Schulformen die Ganztagsplätze ausgebaut. Während SPD und Grüne allen weiterführenden Schulen außer den Gesamtschulen den Ganztagsausbau verweigert haben, verfügt inzwischen nahezu jede zweite der insgesamt 671 Hauptschulen in NRW über ein Ganztagsangebot. Allein in den Jahren 2009/2010 baut Nordrhein-Westfalen insgesamt 216 Gymnasien und Realschulen zu Ganztagschulen aus. Weitere sollen in den nächsten Jahren folgen. Den Anteil der offenen Ganztagsgrundschulen haben wir im Vergleich zu Rot-

Grün von 20 Prozent auf 80 Prozent der gegenwärtig 3.223 Grundschulen in Nordrhein-Westfalen gesteigert.

Der Unterrichtsausfall an den nordrhein-westfälischen Schulen ist in den vergangenen Jahren massiv reduziert worden. Lag er unter Rot-Grün noch bei durchschnittlich 4,5 Prozent, ist er unter der Regierungsverantwortung der FDP auf durchschnittlich 2,3 Prozent abgesenkt und damit in nur einer Legislaturperiode halbiert worden.

Nach zehn Jahren rot-grüner Schulpolitik musste die alte Landesregierung am Ende der letzten Legislaturperiode offiziell einräumen, dass in keinem anderen Bundesland der Zusammenhang zwischen Bildungschancen und der sozialen Herkunft so groß wie in Nordrhein-Westfalen war. Diesem Trend haben wir entgegengewirkt durch eine überdurchschnittliche Neueinstellung von Lehrern an Schulen in benachteiligten Wohngebieten (Lehrerstellenzuschlag nach Sozialindex) sowie durch mehr Ressourcen für Schulsozialarbeit als unter Rot-Grün.

Mit dem neuen Schulgesetz und der verstärkten individuellen Förderung haben wir ferner Aufstiegsprozesse ermöglicht und die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen deutlich verbessert. Die Quote der Schulabsteiger im Verhältnis zu den Schulaufsteigern liegt zum Schuljahr 2009/2010 bei 7 zu 1. Unter Rot-Grün dagegen lag sie in den Jahren 2000 bis 2005 im Mittel noch bei 15 zu 1.

Die Liberalen in Nordrhein-Westfalen wollen die Voraussetzungen für Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen weiter kontinuierlich verbessern.

#### zu Frage 2)

*Wie wollen Sie verbindlich sicherstellen, dass alle von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen und Schulen ausreichend gepflegt werden? Wie sieht Ihre Unterstützung und Solidarität mit den Kindern und Jugendlichen aus, die in einkommensschwachen Familien leben, in denen das Einkommen nicht den Lebensbedarf der Kinder und Jugendlichen abdeckt?*

Die Liberalen in Nordrhein-Westfalen sind der Ansicht, dass grundsätzlich alle Kindergartenkinder die Möglichkeit haben sollten, auf Wunsch der Eltern an einer Mittagsverpflegung teilzunehmen. Wir halten es aber für gerechtfertigt, dass sich bei den Essensbeiträgen in Kindertagesstätten an den jeweils individuellen Bedürfnissen der Familien orientiert wird. Eine völlige Freistellung vom entgeltlichen Mittagessen käme im Übrigen auch denjenigen zugute, die über hohe und höchste Einkommen verfügen. Insofern hält die FDP eine Bedarfsorientierung für richtig.

Unter Regierungsverantwortung der FDP sind in diesem Bereich schon einige wichtige Maßnahmen eingeleitet worden. Wir haben für Schulkinder aus einkommensschwachen Familien an Ganztagschulen den Fonds "Kein Kind ohne Mahlzeit" eingeführt, um bedürftigen Kindern die Teilnahme am Mittagessen zu ermöglichen. Das Land fördert mit dem Fonds auf unbürokratische Weise mit einer pauschalen Zuweisung in Höhe von 200 Euro pro Schuljahr das Mittagessen dieser Kinder, sofern sich die Schulträger ihrerseits ebenfalls an den Kosten beteiligen. Das Land steuert somit für bedürftige Kinder einen Euro zu jedem Essen bei. Dies geschieht unter der Voraussetzung, dass sich die antragstellende Kommune im Schnitt ihrerseits jeweils mit 50 Cent an den Kosten des Mittagessens für diese Kinder beteiligt. Somit verbleiben für die Eltern im Schnitt Kosten in Höhe eines Euros pro Mahlzeit, was in etwa den Sätzen der ALG-II-Finanzierung entspricht. Mittlerweile erhalten über 65.000 Kinder durch den Fonds "Kein Kind ohne Mahlzeit" Unterstützung bei der Mittagsversorgung. Die FDP NRW hält es für richtig und sinnvoll, Kinder aus einkommensschwachen Familien zielgenau und bedarfsgerecht zu unterstützen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen im SGB II haben wir begrüßt. Auf Initiative von NRW wurde bereits im Dezember 2007 ein Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht. Dessen Ziel war es, dass künftig der kinderspezifische Bedarf bei der Bemessung der Regelsätze sowohl nach dem SGB II als auch nach dem SGB XII zugrunde gelegt wird. Das Urteil der Karlsruher Richter hat uns darin bestätigt, denn nun muss die Berechnungsgrundlage geändert werden. Dabei sollte allerdings nie aus dem Blick geraten, dass es noch besser ist, Armut erst gar nicht entstehen zu lassen. Zumindest ist durch entsprechende Aktivitäten dafür zu sorgen, dass Armut oder Armutsrisiken überwunden werden. Um den Bedarf von Kindern zu decken, ist aus Sicht der FDP auch eine Verbindung aus Geld- und ergänzenden Sachleistungen denkbar, z.B. Gutscheine für kulturelle Angebote oder die freie Mittagsverpflegung an Schulen.

zu Frage 3)

*Wie beabsichtigen Sie angesichts der derzeitigen Arbeitsmarktbedingungen sicher zu stellen, dass die Betroffenen sich angemessen für den Arbeitsmarkt qualifizieren können, um langfristig von öffentlichen Leistungen unabhängig zu werden? Sehen Sie Möglichkeiten für eine grundsätzliche und humane Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete?*

Die Liberalen werden prüfen, ob und in welchem Umfang der Bleiberechtsregelung unterfallende Ausländerinnen und Ausländer einer Qualifizierungsoffensive für den Arbeitsmarkt zugeführt werden können. Dies kann unserer Auffassung nach auch unabhängig von der jeweiligen Lage am Arbeitsmarkt geschehen, da es sich um eine grundsätzliche und langfristige Fragestellung handelt.

Ebenso erscheint es aus unserer Sicht sinnvoll, nach Auslaufen der Bleiberechtsregelung eine fundierte gesetzliche Grundlage zu schaffen, die endgültig Rechtssicherheit für die betroffenen Flüchtlinge herstellt.